

A. d) Berichte

01) Mitwirkender Ansatz muss gestärkt werden Kulturstiftung erarbeitet Konzept zur Stärkung der Kulturarbeit

In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung dazu, die im Sinne des Kulturparagraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes tätigen Einrichtungen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten als Träger des deutschen Kulturerbes des Ostens sowie im Geiste der europäischen Verständigung für die Zukunft zu ertüchtigen und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu stärken. Zur Umsetzung dieser Koalitionsvereinbarung erarbeitet die Kulturstiftung derzeit, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, ein Konzept zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit.

Bei der Auftaktveranstaltung am 18./19. Februar 2019 in HAUS SCHLESIEN, an der über 50 Vertreter von Kultureinrichtungen der Vertriebenen, sowie der Museen, Institutionen der Wissenschaft und der kulturellen Breitenarbeit, ebenso Vertreter des BdV und der Landsmannschaften teilnahmen, wurde eine Bilanz der Kulturarbeit gezogen. Moderiert vom Leiter des Projekts der Kulturstiftung, Thomas Konhäuser, wurden dabei alle relevanten Problemfelder lebendig und konstruktiv diskutiert und Impulse für die Erarbeitung eines Förderkonzepts für die eigenständige Kulturarbeit gesetzt.

So bestand Einigkeit darüber, dass im Bund und in den Ländern der partizipative Ansatz nachhaltig gestärkt werden muss. Gewachsene Strukturen gehören auf den Prüfstand! Zur Erzielung von Synergieeffekten gilt es, Möglichkeiten einer verstärkten Kooperation zwischen den Kulturträgern der Heimatvertriebenen untereinander und mit anderen Kultureinrichtungen zu finden. Nachwuchsgewinnung, Professionalisierung der Mitwirkender Ansatz muss gestärkt werden Öffentlichkeitsarbeit, die Rolle der Digitalisierung und eine engere Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten im östlichen Europa wurden mit einem Blick in die Zukunft erörtert. Die Anwesenden stimmten dem Vorsitzenden der Kulturstiftung, Reinfried Vogler, zu, dass der Abbau von staatlicher Bürokratie bei Förderanträgen und die Schaffung einer nachhaltigen finanziellen Basis für die Kulturträger und deren Organisationen zwingend erforderlich ist. Im Hinblick auf die Erstellung von Förderanträgen könne eine von den Heimatvertriebenen getragene und staatlich geförderte zentrale Stelle wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Für den Erhalt der gefährdeten Heimatsammlungen sei gleichfalls eine zentrale Beratungsstelle notwendig. Der anwesende ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, forderte zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit u.a. eine Rückkehr zur direkten Zuordnung der regional zuständigen Kulturreferenten an die Landsmannschaften, wie dies bis zum Jahr 2000 der Fall war. Workshops, die in den kommenden Monaten im Rahmen des Projekts der Kulturstiftung stattfinden, werden sich speziellen Themen/Problemfeldern widmen. Parallel dazu wird eine Online-Umfrage bei den Organisationen und Institutionen der deutschen Heimatvertriebenen, die nicht an den Workshops teilnehmen können, durchgeführt werden. In einer „Zukunftswerkstatt“ werden konkrete Vorstellungen der Vertriebenen über eine künftige Struktur und Forderung ihrer Kulturarbeit benannt werden. Eine abschließende Studie wird die wesentlichen Vorschläge zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen zusammenfassen. In diesem Zusammenhang werden auch



künftige Handlungsfelder der Kulturstiftung sowie gewünschte Dienstleistungen der Stiftung für die Organisationen der Heimatvertriebenen näher bestimmt und hierfür erforderliche strukturelle Voraussetzungen aufgezeigt werden. Die Ergebnisse werden der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie den Verbänden, Organisationen und Medien der Heimatvertriebenen/Aussiedler als auch weiteren Kultureinrichtungen zugeleitet werden.

Thomas Konhäuser

DOD 01/2019, S. 9

02) Schlesischer Schriftsteller in Dresden: Rudolf Scholz` neuer Roman „Dahlienwalzer“

Es gibt noch schlesische Schriftsteller in Deutschland! Einer davon, ein ziemlich guter, ist der in Dresden lebende Musiklehrer Rudolf Scholz, der seit 1978 Romane schreibt. Geboren am 20. Januar 1939 in Plagwitz im Kreis Löwenberg, kam er nach der Flucht aus Schlesien nach Sachsen und studierte an der Zeichenschule der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Meissen. Später wurde er in Weimar an der Franz-Liszt-Musikhochschule an der Violine ausgebildet und studierte in Radebeul/Sachsen und Ostberlin Pädagogik. Zehn Jahre arbeitete er als Musiklehrer in Zodel bei Görlitz. Von 1970 bis 1976 war er Bezirkssekretar des DDR-Schriftstellerverbands in Dresden, wo er heute noch lebt.

Zwischen 1978 und 2018 hat er 15 Bücher veröffentlicht, darunter drei Gedichtbände und zwei Erzählungsbande. Sein dritter Roman „Schwalben der Kindheit“ (1995) ist seinen schlesischen Jahren bis 1945 gewidmet. Hier wird aus der Perspektive eines schlesischen Kindes über die Vertreibung aus dem Heimatdorf berichtet, als die polnischen Neusiedler schon angekommen sind. Sein neuester Roman „Dahlienwalzer“ (2018) ist wiederum im Leipziger Dingsda-Verlag erschienen (160 Seiten, 19.95 Euro). Es geht um den „schlesischen Dickschädel“ Richard, der in einem Lausitzer Wasserwerk arbeitet.

Jörg Bernhard Bilke

DOD 01/2019, S. 20

03) Jurysitzung des Kulturpreises Schlesien Minister Pistorius trifft neuen Vizemarschall Niederschlesiens

Berlin. (dod) Am 14. Februar hat in Berlin die Jurysitzung für den Kulturpreis Schlesien 2019 stattgefunden. Beide Hauptpreise sowie ein Sonderpreis werden am 28. September in Wolfenbüttel verliehen. Die 13-köpfige Jury unter dem Vorsitz des Niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport, Boris Pistorius, hatte aus insgesamt elf eingereichten Vorschlägen die beiden Hauptpreisträger sowie den Sonderpreisträger zu bestimmen. Die vorgeschlagenen Personen und Institutionen kamen unter anderem aus den Bereichen der Denkmalpflege, der Musik sowie aus der Geschichtswissenschaft.

Im Vorfeld der Sitzung traf Minister Pistorius außerdem den neuen Vizemarschall der Woiwodschaft Niederschlesien, Michał Bobowiec, zu einem persönlichen Gespräch. „Der regelmäßige Austausch auf partnerschaftlicher und politischer Ebene ist ein wichtiger Aspekt der inzwischen mehr als 25-jährigen Partnerschaft zwischen der Woiwodschaft



Niederschlesien und dem Land Niedersachsen. Jedes Jahr werden zahlreiche gemeinsame Projekte sowohl auf polnischer als auch auf niedersächsischer Seite realisiert. Dazu gehört auch der Kulturpreis Schlesien, der im jährlichen Wechsel in Niedersachsen beziehungsweise in Niederschlesien verliehen wird“, sagte Pistorius.

04) Unterstützung für Deutsche in Polen

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, hat den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen, Herrn Bernard Gaida, zu einem Gespräch empfangen.

Der Beauftragte betonte die Bedeutung der deutschen Sprache als Muttersprache für die kulturelle Selbstverortung der deutschen Minderheit in Polen und sicherte daher seine Unterstützung auch bei der Umsetzung konkreter Projekte zu: So wurden Lösungsansätze besprochen, um die durch Änderungen des polnischen Schulrechts und Erweiterung der Grundschulen von sechs auf acht Jahre entstehende Raumnot an der deutschen Schule in Oppeln, die in Trägerschaft des Vereins Pro Liberis Silesiae steht, zu lösen. Gegenstand des Gesprächs war auch das von der deutschen Minderheit angestoßene „Tagungs- und Dokumentationszentrum“ in Oppeln. Fabritius begrüßte dieses Projekt als multiperspektivisches Zentrum zur Dokumentation, Wissensvermittlung und Begegnung: museal, wissenschaftlich und kulturgeschichtlich soll die Geschichte der Deutschen in die polnische Gesamtgesellschaft getragen werden. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die Erfahrung der Landsmannschaften, deren Brückenfunktion und regte daher mit Nachdruck an, dass die Landsmannschaften bei der Verwirklichung des Projektes einbezogen werden.

DOD 01/2019, S. 14

05) Prager Nein zu 4. März-Briefmarke

Eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen an die Ereignisse des 4. März 1919, die sich heuer zum 100. Mal jähren, steht vor der Tür – die zentrale SLÖ-Gedenkveranstaltung ist ja am kommenden Samstag um 11.30 Uhr in der Wiener Hofburg. Auch die kommende, am 7. März erscheinende „**Sudetenpost**“ widmet sich der Thematik:

Heimatverbliebene Landsleute der **Bohemia Troppau** sind mit ihrem Versuch gescheitert, die **Tschechische Post** zu einer **privaten Briefmarke** zu bewegen, die an das Geschehen am **4. März 1919** erinnert. Das staatliche Unternehmen bietet grundsätzlich die Möglichkeit, gegen Entgelt solche Marken herauszugeben. Sie müssen bestimmten technischen Anforderungen entsprechen. Die Mindestanzahl solcher Briefmarken beträgt 15 000 Stück, zusammen mit dem Entwurf käme ein Gesamtpreis von umgerechnet rund 16000 Euro zustande. „Unsere Idee war“, schreibt Lm. **Richard Neugebauer**, „dass unsere Vereine die Marken mit einer kleinen Ermäßigung kaufen, sie zwei bis drei Jahre verwenden und so mit jedem frankierten Brief helfen, die Erinnerung zu erhalten.“

Ein tschechischer Zeichenlehrer aus Trautenau hat den Entwurf erstellt. Er hat als Motiv zwei diagonale Hände, die versuchen, sich zu berühren, vorgeschlagen. Links die Farben der deutschen Freiheit, also schwarz-rot-gold, rechts die des traurigen Endes: schwarz-rot-schwarz. Als Alternative



wurde noch das Datum 4. März 1919 oder die römische Jahreszahl MCMXIX und 56 Kreuze im Hintergrund ausgearbeitet. Das Ziel: eine möglichst versöhnliche Darstellung.“ Nachdem Richard Neugebauer die Entwürfe abgeschickt hatte, wurde er von der zuständigen Referentin in der Post in Prag empfangen. Von ihr erfuhr er, dass man sich keine großen Hoffnungen machen dürfe: „Das Datum auf Deutsch, das geht nicht, und die deutsche Fahne auch nicht. Schicken Sie den Entwurf als fertiges Druckblatt. Ich lege es schnellstens der Kommission vor. Die Bewilligung dauert am Längsten. Den Druck würden wir dann bis Ende Feber schaffen.“ Neugebauer: „Ich habe die durch die Verfassung gewährten **Rechte nationaler Minderheiten** nicht erwähnt, wohl aber um unsere schwache Position gewusst. Wir änderten den Entwurf. Das Datum 4. März und die 56 Kreuze wurden weggelassen und die Landesfarben angewandt: silber und rot für Böhmen, silber, rot und blau für Mähren und gold und schwarz für Schlesien. Noch vor Weihnachten ging der Entwurf an die Post.“ Ergebnis: Die Kommission in Prag „hat das Recht angewandt, **ohne Grundangabe die Herausgabe dieser Briefmarke nicht zu empfehlen.**“

Ein Landsmann übermittelte uns die Darstellung „**Auftakt einer Tragödie**“, die natürlich auch den

4. März zum Thema hat. [Bitte hier nachlesen.](#)

Auftakt einer Tragödie

Vor hundert Jahren wurde der Streik der Deutsch-Böhmen blutig erstickt

Für den Dienstag, 4. März des Jahres 1919, hatten die politischen Parteien in den deutschen Randgebieten Böhmen, Mährens und Österreich-Schlesiens zu einem Generalstreik aufgerufen. Sämtliche Tätigkeit in den Betrieben, Kanzleien, Schulen sollte ruhen. Arbeiter und Bürger, Angestellte und Gewerbetreibende waren zu Kundgebungen aufgerufen. An diesem Tag vor 100 Jahren trat in Wien die Nationalversammlung der „Republik Deutsch - Österreich“ zusammen, zu der sich die überwiegende Mehrheit der Deutschen aller Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den konservativ-katholischen Deutschnationalen, von den Fortschrittlern bis zu den Freisozialisten, bekannt hatte.

Die tschechoslowakische Regierung in Prag hatte die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung verboten. Tschechisches Militär und Gendarmerie standen seit Dezember 1918 im Land, die „Landesregierung“ von Deutschböhmen fristete ihr Dasein im Exil in Wien. In vielen Städten Deutsch-Böhmens fanden Sympathiekundgebungen für sie statt: friedliche, unbewaffnete Demonstrationen.

Die tschechischen Militär- und Gendarmeriebehörden verloren während des Streiks die Nerven und gaben Befehl zum Feuern, ohne daß vorherige Warnungen oder die Aufforderung zum Auseinandergehen erfolgt wären. In Kaaden, in Eger und an anderen Orten fielen im Kugelhagel 54 Deutsche, Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder, man zählte 84 Schwerverletzte und eine nicht mehr sicher auszumachende Zahl von Leichtverletzten. Der 4. März 1919 lebt seitdem im Gedächtnis der Deutschböhmen als der Tag des „Blutbades“ fort. Für die Tschechen aber schien das Massaker ein Sieg der nationalen Sache zu sein.

Tatsächlich hatte jedoch nur der erste Akt einer jahrzehntelangen Tragödie seinen blutigen Abschluß gefunden. Thomas Masaryk, der tschechische Staatsphilosoph, damals Präsident des neuen Gebildes aus Tschechen und Slowaken, hatte von einer „zweiten“ Schweiz im böhmisch-mährischen Raum gesprochen. Die zweitstärkste Gruppe in diesem



Nachfolgestaat der Monarchie waren nicht die Slowaken, sondern die Deutschen. Eingedenk der Völkertrias in diesem strategisch bedeutsamen Bereich Mitteleuropas hätte nur ein tschechisch-deutsch-slowakisches Kondominium dauerhafte Lösungen erbringen können.

Doch die deutschen Bevölkerungsteile waren eigene Wege gegangen, nachdem der letzte Habsburger, Kaiser Karl I., mit dem Vielvölkermanifest vom 16. Oktober 1918 die radikale Föderalisierung seiner Kronländer nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verkündet hatte. Während sich in Prag der tschechische Nationalausschuß zur Übernahme der Macht rüstete, entstanden im böhmisch-mährisch-schlesischen Randgebiet deutsche „Volksräte“. Als am 28. Oktober 1918 die Republik der Tschechen und Slowaken proklamiert wurde, bildeten sich vier etwas ephemere deutsche Länder, „Deutschböhmen“ mit der Landesregierung in Reichenberg, „Sudetenland“ (Nordmähren und Österreich-Schlesien) in Troppau sowie „Südmähren“ und „Böhmerwald“. Die beiden letzten hatten gemeinsame Grenzen mit der neuen Republik Deutsch-Österreich, die beiden ersten nicht. Man wußte, daß Wien den Anschluß an die neue deutsche Republik im Reich anstrebte. Die erste chimärische „großdeutsche Bewegung“ des 20. Jahrhunderts trat zutage. Ihre Hauptträger waren die österreichischen und deutschen Sozialdemokraten.

Die großdeutsche Idee stieß auf die tschechische These, der Staat der Tschechen und Slowaken müsse innerhalb der historischen Grenzen der einstmaligen Krone Böhmens gegründet werden. Die neue tschechische Regierung in Prag ließ daher im Dezember 1918 ihre Truppen in die „eigenberechtigten Länder“ einrücken. Widerstand war nicht möglich. Versuche aus den von der Front zurückgekehrten Truppenteilen eine brauchbare freiwillige Volkswehr zu schaffen, waren an der allgemeinen Kriegsmüdigkeit gescheitert.

Auf der Friedenskonferenz von Versailles erhielt die Tschechoslowakei Recht. Jede Anschlußbewegung wurde untersagt. Das unselige „Blutbad“ war gänzlich überflüssig, in praxi waren die Tschechen seit Ende 1918 Herren in Böhmen und Mähren. Aber von hier aus datierte das Trauma der ersten Tschechoslowakischen Republik, die ungelöste deutsche Frage, die versäumte und nie mehr nachgeholte Föderalisierung des Staatsterritoriums. Die Katastrophe von 1938/39, in der Masaryks Staat unterging hatte viele Wurzeln. W.G.

Wien, am 27. Feber 2019

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich

06) Auszeichnung für ehemaligen Brünner Bürgermeister Petr Vokřál

Der frühere Oberbürgermeister der Stadt Brünn, **Petr Vokřál**, wurde vergangene Woche in der Österreichischen Botschaft in Prag mit dem „Goldenen Ehrenzeichen der Republik Österreich“ ausgezeichnet.

Botschafter **Alexander Grubmayr** hob Vokřáls Verdienste bezüglich der Versöhnung zwischen Sudetendeutschen und Tschechen hervor. Er ist ja – so wie der im Dezember in Berlin mit der Bundesverdienstmedaille ausgezeichnete **Jaroslav Ostrčilík** – Mitinitiator des „Marsches der Lebenden“ von Pohrlitz nach Brünn in Anlehnung an den Brünner Todesmarsch von 1945.

Wien, am 27. Feber 2019

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich



07) Außenminister Petříček will sich für Menschenrechte engagieren

Durch mehr Engagement für Menschenrechte könne man eine aktive und selbstbewusste Außenpolitik realisieren. Dies schrieb Tschechiens Außenminister **Tomáš Petříček** via Twitter am Rande der Sitzung des Uno-Menschenrechtsrates in Genf. Eine solche Politik bedeute eine Rückkehr zu den besten Traditionen, die nach 1989 von Außenminister Jiří Dienstbier und Präsident Václav Havel wiederbelebt worden seien, so der Sozialdemokrat.

In Genf traf der tschechische Außenminister außerdem zu einem bilateralen Gespräch mit der Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, zusammen. Die Tschechische Republik wolle sich während ihrer Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat auf die Förderung der bürgerlichen Gesellschaft, der Meinungsfreiheit, des Rechtsstaats und der Menschenrechte im Kontext der Beschäftigung und der Umwelt konzentrieren, informierte Petříček die Kommissarin.

In Genf beraten sich Vertreter von 47 Nationen vier Wochen über die Lage der Menschenrechte in aller Welt. Uno-Generalsekretär António Guterres mahnte zum Auftakt der Sitzung, die Menschenrechte hätten in vielen Teilen der Welt an Boden verloren.

Wien, am 27. Feber 2019

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich

